

# Bericht

## des Ausschusses für Arbeit und Soziales

### über den Antrag 1410/A(E) der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einstellung der Auszahlung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

Die Abgeordneten Ing. Norbert **Hofer**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 4. Februar 2011 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Im Zuge der Budgetdebatte im Dezember 2010 hat Sozialminister Hundstorfer zugegeben, dass die Vermögenswerte im Ausland bei der Auszahlung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in der Praxis kaum überprüfbar sind. Damit gibt es eine klare Benachteiligung von österreichischen Staatsbürgern, weil nur deren Vermögenswerte aufgrund der einzurichtenden Datenverbünde und Kontrollmöglichkeiten tatsächlich überprüft werden. Diese Ungleichbehandlung muss Rechtsgrundlage für ein Aussetzen der Mindestsicherungszahlungen an ausländische Staatsbürger in Österreich sein. Mindestsicherungszahlungen sollen an EU-Bürger nur dann geleistet werden, wenn die Behörden der Heimatländer zur Amtshilfe bereit sind, Zahlungen an Drittstaatsangehörige sind überhaupt einzustellen.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 17. April 2013 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordneten Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein** die Abgeordneten Mag. Birgit **Schatz**, August **Wöginger**, Adelheid Irina **Fürntrath-Moretti**, Josef **Muchitsch**, Dr. Andreas **Karlsböck**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Werner **Neubauer** und Karl **Öllinger** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf **Hundstorfer** und die Ausschussobfrau Abgeordnete Renate **Csörgits**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit (**für den Antrag**: F,B, **dagegen**: S,V,G).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Karl **Donabauer** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2013 04 17

**Karl Donabauer**

Berichterstatter

**Renate Csörgits**

Obfrau